

Staats-Zeitung

halefche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Staats-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 2,40 Reichsmark, nach Abrechnung eines Betrages von 1,20 Reichsmark, nach der Post 2,10 Reichsmark. 20 Pfennige Zustellgebühr. Einmalige Preisänderung: 20 Pfennige. Die Preislisten werden nach Bedarf herausgegeben. Die Zeitungsnummer: 2041. Die Preisliste: 2041. Die Zeitungsnummer: 2041.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme



Der polnische Ministerpräsident Witos, der durch Marschall Piłsudski gestützt wurde.

Der Reichskanzler Dr. Luther hat dem Reichspräsidenten am Mittwoch die Glückwünsche des Kabinetts zum Festtag der Lebensnahme seines hohen Amtes ausgesprochen.

Der Bezirksverband der Kommunistischen Partei, die Kommunistischen Jugendverbände und der Neue Frontkämpferbund veranstaltete am Dienstagabend im Berliner Volkspark eine Kundgebung gegen die Regierung, für sofortige Reichstagsauflösung, für die volle Klassenpartei und für die enghässigen Straßkämpfe. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Das bayerische Oberste Landesgericht in München verurteilte den 30 Jahre alten früheren Buchhandlungsgehilfen und nachmaligen Unterwachmeister der Schutzpolizei in Hannover und Frankfurt a. M., Hermann Heines, wegen Verates militärischer Geheimnisse zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Sperre für den Wiedereintritt in den Berufsstand.

Aufsichtsrat und Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes der Angestellten haben in ihrer letzten gemeinsamen Sitzung in Leipzig einstimmig beschlossen, während der Dauer der großen Stellenlosigkeit ihrer Ständesangehörigen von allen im Verhältnis stehenden Bundesmitgliedern einen monatlichen Opferbeitrag von 50 Pf. zu erheben. Dieser Beschluss wird rund 25 000 streikenden Bundesmitgliedern zur Vornahme ihrer Notlage dienen. Außer dieser Unterstützung werden den streikenden Ständesangehörigen die jahresgemäßen Unterhaltungsgehälter gewährt, die sich allein im Monat März 1926 auf 161 000 RM. belaufen. 1924/25 wurden für den gleichen Zweck rund zwei Goldmillionen aufgebracht.

Die deutschen Dampfschiffe „Gisela“ und „Helen“ sowie der Kreuzer „Nympha“, sämtlich von der Marineleitung der Ostsee, haben Donnerstag nachmittag Kiel verlassen. Die Schiffe gehen zu nächst durch den Nordostkanal nach der Ostsee. Nach erfolgter Vereinigung mit den Schiffen der Wilhelmshavener Station wird die gemeinsame mehrwöchige Fahrt nach Spanien angetreten werden.

Aus Paris wird gemeldet: Gestern ist auf dem Flughafen Le Bourget das erste von Deutschland kommende Handelsflugzeug mit sechs Passagieren eingetroffen.

In Jugoslawien wurde der Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, an Stelle der Todesstrafe durch den Ertrag die durch Erschießen zu lehen. Ferner wird die lebenslängliche Kerkerstrafe abgeschafft und als Höchstmaß 20jährige Kerkerstrafe festgesetzt.

Nach einer Meldung aus Coblenza sollen an der spanischen Front die Kasseisten erbitterten Widerstand leisten. Es sollen auf beiden Seiten große Verluste sein. Nach einem Bericht des Oberkommandierenden in Spanien Marroff über die letzten vier Kampftage haben die Spanier sieben Kanonen, elf Maschinengewehre, einen Motor, ein Munitionslager und eine große Menge Getreide, erbeutet. — Wer weiß, ob das stimmt?

Staatsstreich in Polen.

Schwere Kämpfe in Warschau. Die Sozialdemokraten für den Diktator.

Am Mittwoch nachmittag ist es in Warschau zum Ausbruch der Revolution und zu Straßenkämpfen gekommen. Es gab viele Tote und Verwundete. Truppen des Marschalls Piłsudski haben das Schloß, das Ministerpräsidium und das Ministerium des Inneren besetzt. Das Kabinett ist zurückgetreten. Eine provisorische Regierung ist wahrscheinlich. Die telefonische Verbindung mit Warschau ist unterbrochen.

Nach Danziger Berichten aus Polen ist Piłsudski in Warschau Herr der Lage. Dagegen haben sich die Sozialdemokraten für den bisherigen Kabinetspräsidenten Witos erklärt.

Nach den Meldungen der Berliner Morgenblätter befindet sich die Stadt Warschau vollständig in den Händen Piłsudskis. Der Präsident der Republik und die Regierungsmitglieder haben sich ins Belvedere begeben, das von regierungstreuen Truppen verteidigt wird. Bei dem Vordringen der Piłsudskitruppen soll es in der Stadt, besonders am Theaterplatz und auf dem Drei-Kreuzer-Platz zu schweren Kämpfen gekommen sein. Nach einer Blättermeldung aus Warschau-Dziwnow soll es dabei 18 Tote und etwa 30 Verwundete gegeben haben. In Polen soll sich nach der gleichen Quelle der bürgerliche Fortschritt und ehemalige Minister für Demokratischen Sozialismus das Leben genommen haben. Der Kommandant von Lublin, General Komar, habe sich für Piłsudski erklärt.

In Bemberg habe die Arbeiterfront große Streikendemonstrationen für Piłsudski veranstaltet. Auch in Krakau demonstrierte eine von den Sozialdemokraten einberufene Versammlung für Piłsudski. Nach einer weiteren Meldung aus Warschau-Dziwnow sollen die sozialistischen Gewerkschaften einen Antrag auf Streik erlassen haben. Auch das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei habe sich in einem Aufruf für die Bildung einer neuen Regierung ausgesprochen.

Die Prager Presse meldet aus Warschau: Als Piłsudski vor Warschau erschien, wurde ihm eine größere Truppenabteilung entgegengeführt, und es kam zu einem Waffenstillstand. Die Regierung suchte im Namen des Präsidenten der Republik Piłsudski zum Rückzug zu bewegen. Piłsudski antwortete mit der Aufforderung an die neue Regierung Witos, sofort zurückzutreten, damit unter der Führung einer starken Hand die

Einigung eines überparteilichen Kabinetts mit Fachmännern

durchgeführt werde. Die Verhandlungen endeten ergebnislos und Piłsudski erzwang seinen Einmarsch mit Waffengewalt, wobei die Regierungstruppen überwältigt und zurückgedrängt wurden. Das Belvedere blieb jedoch im Besitze der Wache des Präsidenten. Die Zitadelle soll sich in der Hand des Kriegsministeriums befinden. Der Sejm-Warschau Kataj bemühte sich bisher ergebnislos um eine friedliche Beilegung der Staatsstreife. Piłsudski fordert Garantien für eine Beilegung der heftigsten wichtigsten Konflikte des Krieges und des Kampfes um parteipolitischen Einflüssen.

In der Umgebung des Belvedere haben neue Kämpfe begonnen. Die Innenstadt ist in der Hand Piłsudskis. Mehrere höhere Offiziere, die als Anhänger Piłsudskis verhaftet worden waren, sind freigelassen worden.

Die Regierung sucht die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, um Zeit für die Heranziehung von Verstärkungen zu gewinnen. Kriegsminister Malogowski hat den militärischen Gehör der Regierung dem gegenwärtigen Kommandanten von Warschau, General Komar, übertragen. Die Regierung hat sich der Regierung zur Verfügung gestellt, ebenso Polener Regimenter, die nach Warschau unterwegs sind. Der Telephonverkehr ist im ganzen Land unterbrochen, um die Mobilisierung der Anhänger Piłsudskis zu verhindern.

Mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und herzlichsten Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

Dr. Gehler stellvertretender Reichskanzler.

Berlin, 13. Mai. (Amtlich) Der Herr Reichspräsident hat den Reichskanzler Dr. Luther in Genehmigung seines Antrages von seinem Amt als Reichskanzler entbunden und gleichzeitig den Reichsminister Dr. Gehler als den dienstältesten Reichsminister mit der Vertretung des Reichskanzlers im derzeitigen geschäftsführenden Kabinett beauftragt.

Dr. Gehler mit Regierungsbildung beauftragt.

Reichspräsident von Hindenburg empfangen vormittag den Reichsminister Dr. Gehler und richtete an ihn die Frage, ob er auf der bisherigen Grundlage der Koalition der Mittelparteien die Neubildung der Regierung übernehmen wolle. Dr. Gehler hat sich eine Entscheidung bis nach Zustimmung mit den in Frage kommenden Parteien bis Freitag mittag vorbehalten.

Zu der Beauftragung Gehlers mit der Kabinettsbildung seien die Berliner Blätter mit, daß vorläufig die Meinungen über die Aussichten Dr. Gehlers noch geteilt seien. Im allgemeinen werde damit gerechnet, daß Dr. Gehler an die Spitze des bisherigen Ministeriums treten werde. Eine Mehrheit im Reichstag würde ein Kabinett Gehler, wie die Blätter schreiben, nur mit Hilfe der Deutschnationalen ergeben, da die Sozialdemokraten, wie auch der Vorwärts betont, nicht geneigt seien, einem Kabinett Gehler das Vertrauen zu bewahren.

Der Sturm bricht los!

Ein innerpolitisches Tannenberg?

„Der Ernst der Zeit wird bald genug kommen.“ Er ist da: die Regierung ist gestürzt. Jedermann hatte erwartet, daß die Demokraten „umfallen“ würden, d. h. ihre Stimme zur Rettung des Kabinetts der Mitte erheben würden. Aber die Demokraten haben es mit eigener Courage getrieben. Sie haben, um den Not zu zeigen, daß sie trotz ihrer bedenklich zusammengeschmolzenen Abgeordnetenzahl ganze Kraft fassen, ein eigenes Ministerelement eingebraut und haben mit Hilfe der Noter gestiftet.

Das geduldige „Jourenne“ und mehr als je regierte Volk hat nun wieder einmal Gelegenheit zum Nachdenken, und vornehmlich es für die Führung eines Unternehmens ist, wenn es alle 30 Jahre andere Direktoren bekommt, und wie notwendig für das größte deutsche Unternehmen von allen, das Deutsche Reich, das alle 30 Jahre neue Minister bekommt. Aber den Segen unseres Parlamentarismus noch nicht an der Arbeitslosigkeit, an der hohen Steuern und schlechten Zeiten erkannt hat, der wird sich nun vielleicht für ihn begeistern, wenn er den wechselreichen Sturm der uns seit 1918 regierenden Kabinette an sich vorüberziehen läßt.

Die Sozialdemokraten hatten, wenn man ihrer Presse Glauben schenken könnte, große Hoffnungen und erwarteten die Bildung eines Einheitskabinetts unter ihrer Führung. Das war ein hüben überaus auszubedenken. Denn die noch nicht drei Dutzend Demokraten hätten zwar mitgemacht, wenn auch nicht mit ungeteilter Begeisterung, lo hoch nach dem Rücksichtsprinzip: „In der Not frisst der Teufel Fliegen.“ Aber diese zwei Parteien hätten nicht ausgereicht und die Kommunisten heranziehen müssen, was für die Demokraten denn doch etwas fatal und auch für die Sozialdemokraten ein zweifelhaftes Verhängnis war. Die Kommunisten hätten natürlich mitgemacht, aber nur, um den Verbündeten, den Sozialdemokraten, mehr und mehr die Fäden zu entziehen.

Dieser Dreißend war schon gedacht, nur leider nicht regierungsfähig: er hätte keine Majorität.

In außerordentlich heisser Situation ist das Zentrum, in dem bekanntlich zwischen rechts und links Fügeln ein erbitterter Kampf tobt. Da die Demokraten den Freihändlerblock hinterlassen haben, wäre das Normale, das das Zentrum sich nun von den Demokraten und den übrigen Brüdern loszuzug. Aber in der Welt ist es nicht immer normal zu. Doch kommt die Notwendigkeit, eine neue Regierung zu bilden, der Versuch zu Hilfe. Wo soll und kann diese Regierung verkommen? Das Gegebene ist eine Regierung aus Zentrum, Bayerische Volkspartei, Wirtschaftspartei und

Die neue Regierungskrise.

Sturz des Kabinetts Luthers. / Der Reichswehrminister mit Kabinettsbildung beauftragt.

Im Reichstag wurde am Mittwoch das vollständige Ministerelement gegen das Kabinett Luther mit 174 gegen 163 Stimmen der Böhlfischen, Sozialdemokraten und Kommunisten bei 91 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen abgelehnt.

Der sozialdemokratische Ministerelement gegen den Reichskanzler wurde mit 170 Stimmen gegen 144 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen und Böhlfischen abgelehnt.

Angenommen wurde bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen und Böhlfischen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten der demokratische Antrag, der die Absetzung des Reichspräsidenten auf Schaffung der Einheitsregierung begründet.

Die Entscheidung mußte nunmehr bei der namentlichen Abstimmung über den demokratischen Ministerelement gegen den Reichskanzler fallen. Der Antrag lautet: Der Reichstag beschließt die Entlassung des Reichskanzlers, der durch sein Verhalten in der Flagenfrage eine Gesamtlösung dieser Frage erschwert und in sorgloser Zeit einen neuen Konflikt ohne Not heraufbeschworen hat.“ Mit 176 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten wurde dieser Antrag gegen 146 Stimmen bei 103 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen und Böhlfischen angenommen.

Das Ergebnis wurde mit Beifallrufen links und von den Kommunisten mit dem Ruf: „Auflösung!“ begrüßt. Damit war auch der Zentrumsantrag erledigt und der Reichstag vertagte sich auf Freitag 2 Uhr.

Der demokratische Ministerelement war vor der Abstimmung von den Abgeordneten nach wie folgt begründet worden: Seiner Fraktion lie eine weitere Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler Dr. Luther wegen seines Verhaltens in der Flagenfrage nicht möglich. Die Demokraten könnten nicht die Verantwortung in einem Kabinett übernehmen, dessen Leiter eine von den Deutschnationalen abhängige Politik treibe. Die Flagenverordnung sei gegen die Angehörigen der Reichsarmee Schwarz-Rot-Gold gemäß und politisch verhängnisvoll.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat am Mittwochabend die Demission des Kabinetts Luthers entgegengenommen.

Hindenburgs Dank an Dr. Luther.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Luther folgendes Dankschreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ihrem Antrage um Entbindung von dem Amte als Reichskanzler habe ich in Würdigung Ihrer Bemühungen um die Wahrung der Verfassung und des Wohls des Vaterlandes geantwortet. Sie 1 1/2 Jahre lang mit voller Hingabe an die übernommenen Pflichten und in bester Liebe für unser Volk und Vaterland geführt haben. 3 1/2 Jahre haben Sie der Reichsregierung angehört, zunächst als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, dann als Reichsminister der Finanzen und zuletzt als Reichskanzler; in diesen verantwortlichen Stellen haben Sie in unermüdlicher, pflichtgetreuer Arbeit, unterstützt durch Ihre vielfältigen Kenntnisse und Erfahrungen, dem Vaterlande wertvolle Dienste geleistet.“

Mit der Schaffung der neuen Währung, mit der Debnung der Reichsfinanzlagen und mit den anderen, nach wissenschaftlichen Maßgaben der jüngsten Zeit, die Deutschland in der Welt wieder zur Geltung bringen sollen, ist Ihr Name eng verknüpft, und ich bin überzeugt, daß die Geschichte dereinst unter den Männern, denen Deutschland Wiederaufbau zu danken ist, Sie, Herr Reichskanzler, an erster Stelle nennen wird.“

Es ist mit ein aufrichtiges Herzensbedürfnis, Ihnen namens des Reiches wie für meine eigene Person für alles, was Sie während ihrer Amtszeit als Reichsminister und als Reichskanzler für unser Vaterland getan haben, tiefempfundener Dank zu sagen. Ich verbinde damit den Wunsch, daß auch künftig Ihre erfahrene Kraft und Ihre bewährte Kraft dem deutschen Volke noch von Nutzen sein möge.“

